HINWEISE ZUR DATENVERARBEITUNG UND ZUM DATENSCHUTZ

Leistung

Lieferung und Installation von audiovisueller Medientechnik

Vergabenummer

639_2026_UKT_MT

Hiermit informiert

Universität Tübingen

(„der Auftraggeber“) den (potenziellen) Auftragnehmer sowie seine Beschäftigten und Erfüllungsgehilfen über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den Auftraggeber im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren, dem Abschluss und der Durchführung des oben genannten Auftrages. Soweit der (potentielle) Auftragnehmer, seine Beschäftigten oder Erfüllungsgehilfen natürliche Personen sind, deren Daten im Rahmen des Vertrags verarbeitet werden, sind sie jeweils eine von der Datenverarbeitung „betroffene Person“ im Sinne der nachfolgenden Erklärung.

Wer ist Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter?

Die für das Datenschutzrecht Verantwortliche im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung („DS-GVO“) sowie aller anderen anwendbaren datenschutzrechtlichen Bestimmungen der EU ist.

Öffentlicher Auftraggeber	Universität Tübingen
Straße, Hausnummer	Doblerstraße 21
PLZ, Ort	72074 Tübingen
E-Mail	ord@uni-tuebingen.de

Sollten Sie Fragen, Anregungen oder Kritik in Bezug auf den Datenschutz haben, kontaktieren Sie bitte unseren Datenschutzbeauftragen:

Ansprechpartner	Datenschutzbeauftragter

Straße, Hausnummer	Geschwister-Scholl-Platz
PLZ, Ort	72074 Tübingen
E-Mail	datenschutz@uni-tuebingen.de
Telefon	+49 70 71 29-76480

Welche Daten verarbeiten wir?

Der Auftraggeber verarbeitet die personenbezogenen Daten, die ihm im Rahmen des Vergabeverfahrens und der Durchführung des Vertrags vom (potenziellen) Auftragnehmer, seinen Beschäftigten oder Erfüllungsgehilfen offengelegt werden. Dies können beispielsweise sein:

- die Firma, der Vorname und der Nachname des (potenziellen) Auftragnehmers;
- die Geschäftsadresse des (potenziellen) Auftragnehmers;
- der vollständige Name des Ansprechpartners (also der betroffenen Person);
- das Unternehmen, für das die betroffene Person tätig ist;
- die Position der betroffenen Person im Unternehmen;
- Lebensläufe, Fotos, personenbezogene Referenzen, Studien- und Ausbildungsnachweise, Informationen zur Berufserfahrung der betroffenen Person(en);
- die Kontaktdaten der betroffenen Person (insb. E-Mail-Adresse, Telefonnummer).

Aufgrund welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir die Daten und zu welchen Zwecken?

Die Datenverarbeitung dient im Wesentlichen zwei übergeordneten Zwecken, nämlich zum einen der rechtmäßigen Durchführung des Vergabeverfahrens und zum anderen des sich ggf. anschließenden Vertragsverhältnisses. Innerhalb dieser übergeordneten Kategorien gibt es eine Reihe von verschiedenen Verarbeitungsprozessen.

1. Durchführung des Vergabeverfahrens

Das Vergabeverfahren betreffend erheben und verarbeiten wir Daten der betroffenen Personen der (potenziellen) Auftragnehmer bzw. Daten der Personen, die bei den (potenziellen) Auftragnehmern tätig sind. Wir erhalten diese Daten von den (potenziellen) Auftragnehmern. Im Vergabeverfahren kommt es insb. zu nachfolgenden Datenverarbeitungen:

- Pflege einer Kartei der (potenziellen) Auftragnehmer
- Teilen der Daten und Informationen des (potenziellen) Auftragnehmers – soweit erforderlich – im Projektteam über die Projektplattform „PKM“ (Planerteam, Projektsteuerung, Auftraggeber, Vergabestelle, Rechtsberatung);
- Prüfung der Eignung des (potenziellen) Auftragnehmers durch das Projektteam;
- Rechtliche und fachliche Prüfung der Angebote durch das Projektteam;
- Durchführung von Gesprächen mit den (potenziellen) Auftragnehmern (Verhandlungsgespräche oder evtl. Aufklärungsgespräche) durch das Projektteam;
- Beantwortung von Fragen des (potenziellen) Auftragnehmers;
- Herbeiführung einer Gremienentscheidung oder Information des Gremiums, dazu evtl. öffentliche Vorlage;
- Vorbereitung von etwaigen Absageschreiben mit rechtlichen und fachlichen Argumenten durch das Projektteam;
- Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen;
- Bekanntmachung des erfolgreichen Auftragnehmers im Supplement zum Amtsblatt der EU mit Name, ggfs. Adresse (ex post-Bekanntmachung).

Die Datenverarbeitung dient primär dem Zweck, ein rechtskonformes Vergabeverfahren durchzuführen, wozu der Auftraggeber gesetzlich verpflichtet ist. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist daher Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO.

2. Durchführung des Vertrages

Nach der Durchführung des Vergabeverfahrens dient die Datenverarbeitung in erster Linie dem Abschluss und der Durchführung des Vertrages. Die vorrangige Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO. Insbesondere kommt es dabei zu folgenden Verarbeitungen:

- Bekanntgabe des Vertragspartners nach Bekanntmachung im Projekt insgesamt;
- Weitergabe der Daten des Vertragspartners an andere Auftragnehmer, sowie an Auftragnehmer zu Koordinierung der Baustelle (z.B. SiGeKo, Bauüberwachung, Baulogistik);
- Weitergabe von Namen der Ansprechpartner an Projektbeteiligte;

- Dokumenten- und Vertragsmanagement;
- Vertragsabwicklung;
- Erfüllen datenschutzrechtlicher Verpflichtungen;
- Führen sachdienlicher Kommunikation;
- Teilen von rechtlichen und fachlichen Fragestellungen im Projektteam (Nachtragsprüfungen, fachliche Fragen etc.);
- Nutzung der Projektplattform (PKM).

Gegebenenfalls können auch die dem Auftraggeber von der betroffenen Person gesondert erteilten Einwilligungen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DS-GVO als datenschutzrechtliche Rechtsgrundlage herangezogen werden. Dies kann der Fall sein, wenn – nach Wunsch und Einwilligung des Bieters – eine Aufnahme aufs Bauschild erfolgt. Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Liegen gesetzliche Aufbewahrungsfristen vor, ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DS-GVO die richtige Rechtsgrundlage.

Welche Rechte hat die betroffene Person?

Sofern personenbezogene Daten im öffentlichen Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, gemäß Art. 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben.

Darüber hinaus stehen der betroffenen Person folgende Rechte zu, soweit wir personenbezogene Daten verarbeiten:

- Über die bei uns gespeicherten Daten Auskunft bezüglich der Verarbeitung zu verlangen (vgl. Art. 15 DS-GVO in Verbindung mit den Einschränkungen des Art. 9 LDSG BW);
- unrichtige Daten berichtigen zu lassen (vgl. Art. 16 DS-GVO);
- unter bestimmten Voraussetzungen ihre Daten löschen zu lassen (vgl. Art. 17 DS-GVO);
- ihre Daten in der Verarbeitung einschränken zu lassen (vgl. Art. 18 DS-GVO);
- auf Unterrichtung (vgl. Art. 19 DS-GVO);
- auf Datenübertragbarkeit (vgl. Art. 20 DS-GVO);

- auf Widerruf der datenschutzrechtlich erteilten Einwilligungserklärung (vgl. Art. 7 DS GVO);
- sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren (vgl. Art. 77 DS-GVO).

Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Innerhalb des Auftraggebers erhalten nur die Personen und Stellen die Daten der betroffenen Person, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Wir werden die personenbezogenen Daten generell nur im Rahmen der geltenden Datenschutzgesetze an Dienstleister, Geschäftspartner und andere Dritte weitergeben. Wir können die Daten gegenüber einem Dritten übermitteln oder offenlegen, wenn wir dies aufgrund eines Gesetzes oder Rechtsverfahrens müssen (Rechtsgrundlage ist dann Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO). Zu den gesetzlich zulässigen Übermittlungen können insbesondere gehören:

- die zuständige Vergabekammer, das zuständige Oberlandesgericht, der Bundesgerichtshof im Falle von Nachprüfungsverfahren; die zuständigen Zivilgerichte im Falle von Schadensersatzklagen;
- Gewerbezentralregister und/oder Wettbewerbsregister;
- unterlegene Bieter im Rahmen einer Information gemäß § 134 GWB bzw. auf Antrag in den Grenzen der vergaberechtlichen Auskunftspflichten;
- unterstützend und/oder beratend hinzugezogene Dritte (wie z.B. Architekten, Ingenieure, Projektsteurer, Rechtsberater im Zusammenhang mit der Prüfung und Wertung von Teilnahmeanträgen und Angeboten);
- Auftragsverarbeiter im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen, insbesondere im Zusammenhang mit der Nutzung der e-Vergabe-Plattform.

Speicherdauer und Löschung der Daten

Die von uns erhobenen, verarbeiteten und gespeicherten personenbezogenen Daten werden grundsätzlich nur so lange gespeichert, wie es der konkrete Zweck der Speicherung verlangt. Fällt der Zweck der Speicherung weg, werden Ihre Daten gelöscht bzw. deren Verarbeitung eingeschränkt. Dies gilt nicht, solange gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen.

Werden Daten in ein Drittland übermittelt?

Sollten wir Daten an Dienstleister außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums übermitteln, erfolgt die Übermittlung nur, soweit dem Drittland durch die EU-Kommission ein angemessenes Datenschutzniveau bestätigt wurde oder andere angemessene Datenschutzgarantien (z. B. EU-Standardvertragsklauseln) vorhanden sind. Ohne angemessene Datenschutzgarantien kann eine Übermittlung in ein Drittland ausnahmsweise auch dann erfolgen, wenn die Voraussetzungen von Art. 49 DS-GVO vorliegen.

Wer ist die zuständige Aufsichtsbehörde?

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Heilbronner Str. 35

70191 Stuttgart

Telefon: 0711 6155410

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de